

# Der sächsische Erzähler,

**Zeitschrift für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.**

## Amtsblatt

der Rgl. Amtshauptmannschaft, der Rgl. Schulinspektion und des Rgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Rgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und kostet einschließlich der Mittwoch- und Sonnabend-Beilagen, welche bei Abholung viereljährlich 1 M 50 J., bei Zustellung ins Haus 1 M 70 J., bei allen Postanstalten 1 M 80 J. einzelnste Beilage. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspreiskarte 6587.

**Berufspruchstelle Nr. 22.**  
Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.  
**Stierendfischjäger Jahrgang.**

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Restzeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung eingesandter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Freitag, den 11. Februar 1910, nachmittags 2 Uhr, sollen in Bischofswerda folgende Gegenstände, als: 1 Faß Portwein (ca. 25 Str.), 1 Faß Korn-Whisky (ca. 20 Str.), 3 Fl. Cherry Brandy und ca. 24 Str. Cognac gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort: Rgl. Amtsgericht.

Bischofswerda, am 3. Februar 1910.

Der Gerichtsvollzieher des königlichen Amtsgerichts.

### Wer ist das Karnickel?

Seit einigen Tagen wird am politischen Horizont wiederum das Balkangespenst als drohende Kriegsfurie schwarz und rot gemalt, ja ganz besonders sensationlustige Korrespondenten berichten bereits von dem drohenden Weltkrieg, der im Orient beginnen und nach und nach ganz Europa erfassen kann. Mindestens wurde als wahrscheinlich gehalten, daß die Türkei schwere Differenzen mit Griechenland, Bulgarien und Serbien habe, und daß die drei zuletzt genannten Mächte die Absicht hätten, mit dem Schwert ihr Recht gegenüber der Türkei zu erkämpfen. Zunächst hat aber schon die offiziöse bulgarische Telegraphen-Agentur in Abrede gestellt, daß zwischen der Türkei und Bulgarien eine gefährliche Spannung existiere und Bulgarien zum Krieg rüste. Nach dieser Mitteilung sind die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei korrekt, und Bulgarien hat nicht 25 000 Reservisten einberufen, sondern nur das jährliche Rekruten-Kontingent in Stärke von 20 000 bis 25 000 Mann in das Heer eingestellt. Grenzstreitigkeiten kämen ja zwischen der Türkei und Bulgarien fast jedes Jahr vor, solche Differenzen würden aber durch eine gemischte Grenzkommission gewöhnlich beglichen. Etwas rätselhaft sind allerdings die Nachrichten aus Serbien, die dahin lauten, als ob auf dem Balkan große Ueberraschungen bevorstünden. Da muß man doch fragen, wer in dieser neuen orientalischen Krisis eigentlich das Karnickel ist, das angefangen hat oder anfangen möchte, und da muß man ohne weiteres sagen, daß es Griechenland ist, welches durch seine an Anarchismus grenzenden Zustände und die Anmaßungen der Militärliga, sowie durch die wiederaufgetauchten Versuche, die Insel Kreta Griechenland einzuverleiben, eine neue Spannung im Orient hervorgerufen hat. Die Zustände in Griechenland sind nämlich so unhaltbar geworden, daß durch die Einberufung der großen Nationalversammlung die Tätigkeit der Kammern aufgehoben und die angeblich so notwendigen Reformen für Griechenland endlich durchgeführt werden sollen. Diese große Staatsaktion hat offenbar die in Griechenland noch allmächtige Militärliga durchgesetzt, und der König Georg hat, wenn auch mit schwerem Herzen, seine Zustimmung zur Einberufung der Nationalversammlung gegeben, weil er dadurch die Hoffnung hat, vielleicht durch die Beschlüsse der Nationalversammlung die Militärliga und die Einmischung der Offiziere in die politischen Geschäfte und in die Gesetzgebung loszuwerden. Die Einberufung der Nationalversammlung in Griechenland wird nun von den Kretern als eine günstige Gelegenheit aufgefaßt, die Einverleibung Kretas in Griechenland in Fluß zu bringen, und es sind zu diesem Zweck bereits die kretischen Deputierten in Athen erschienen und wollen an der großen Nationalversammlung Griechenlands teilnehmen. Diese Teilnahme ist aber durchaus ungesetzlich und auch vom völkerrechtlichen Standpunkt aus unzulässig, und die Türkei ist darüber so empört, daß sie Griechenland den Krieg erklären will, wenn unter der Teilnahme der kretischen Deputierten die Einverleibung Kretas

in das griechische Königreich in der Nationalversammlung in Athen behandelt wird. Inzwischen haben aber auch schon die Großmächte, die bekanntlich die Aufrechterhaltung der türkischen Oberhoheit über Kreta anerkannt haben, kalte Wasserstrahlen nach Griechenland und Kreta geschickt, um den drohenden neuen Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland zu beseitigen; nach einer Pariser Meldung, die augenscheinlich aus dem Ministerium des Auswärtigen stammt, werden sogar die Schutzmächte sofort Kreta wieder besetzen, wenn die Kreter sich zu ungesetzlichen Handlungen während der Dauer der griechischen Nationalversammlung hinreißen lassen. Die ganze Affäre wird daher wohl weiter nichts werden, als daß die Großmächte wiederum dafür sorgen müssen, daß der drohende Kriegsbrand im Orient wieder im Keime erstickt wird.

### Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm spendete zugunsten der Hochwasser-Kalamitosen in Paris die Summe von 20 000 M.

Die meisten Ausschüsse des Bundesrats hielten am Mittwoch Sitzungen ab, in den die Frage der Schiffsabgaben besprochen wurde. In der am Donnerstag nachfolgenden Plenarsitzung des Bundesrats sollte dann die Abstimmung in dieser wichtigen Angelegenheit stattfinden, doch ist sie möglicherweise vertagt worden.

Die Opposition gegen die Schiffsabgaben ist im Bundesrat mit 12 gegen 46 Stimmen unterlegen.

Der durch den konservativen Abgeordneten von Oldenburg herbeigeführte bekannte Zwischenfall im Reichstag gilt nunmehr als einstweilen erledigt, er dürfte vorerst keine weiteren Folgen nach sich ziehen. Namentlich dürfte die vielgehegte Annahme, der 2. Vizepräsident des Reichstags, Erbprinz zu Hohenlohe, werde wegen der Affäre Oldenburg von seinem parlamentarischen Amt zurücktreten, als unzutreffend erweisen. Im übrigen hat sich die Reichstagsmehrheit in dem mit dieser Affäre zusammenhängenden Streit zwischen dem Vizepräsidenten Erbprinzen zu Hohenlohe und dem sozialdemokratischen Abgeordneten Ledebour auf die Seite des ersteren geschlagen, denn der vom Abgeordneten Ledebour erhobene Protest gegen den ihm seitens des antirendenden 2. Vizepräsidenten erteilten Ordnungsruf ist in der Dienstsitzung des Hauses mit erheblicher Mehrheit als unbegründet zurückgewiesen worden. Den deutsch-portugiesischen Handelsvertrag, welcher in der betreffenden Reichstagskommission mit 2 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden war, hat das Plenum des Hauses in zweiter Lesung angenommen, allerdings gegen eine nicht unbedeutende Minderheit, wenn auch keine besondere Abstimmung hierüber stattfand.

Die Wahlreformvorlage ist wohl zur Stunde dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen. Wie es heißt, bringt die Vorlage die wichtige Konzeption der direkten Wahl, modifiziert durch die Berücksichtigung von Bildung und Besitz, was also eine gewisse Anlehnung an das neue sächsische

Wahlrecht wäre. Nach den vorläufigen Dispositionen hierüber soll die erste Lesung der Wahlreform-Vorlage gegen den 17. Februar beginnen, die zweite Plenarsitzung wird schwerlich vor Pfingsten stattfinden können.

Die im Zuge befindliche Verschmelzung der drei linksliberalen Gruppen zu einer einzigen einheitlich organisierten Partei, hat ihre Vorstadien noch immer nicht völlig überwunden. Im Biererausschuß der freisinnigen Gruppen berät man gegenwärtig über die von den einzelnen Gruppen gemachten Organisationsvorschläge. Das Ergebnis dieser Beratungen wird dem auf den 6. März nach Berlin einberufenen großen freisinnigen Parteitag unterbreitet werden.

Ein 20. deutsches Armeekorps? Vor einigen Tagen hat der „Temps“ eine ausführliche Mitteilung über die Bildung eines 20. deutschen Armeekorps in Elsaß-Lothringen, einzuschleiben zwischen dem 15. und 16., gebracht, und dabei auch die Einzelheiten bezüglich der Gestaltung der verschiedenen Truppenverbände angeführt. Nach einer Mitteilung der „M. N. N.“ ist es Tatsache, daß sich die Militärverwaltung mit einer derartigen Absicht trägt. Bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches aber, die größte Sparsamkeit auf allen Gebieten erheischt, dürfte die Durchführung einer solchen, immerhin mit bedeutenden Kosten verbundenen Bildung eines neuen Armeekorps jedenfalls in weitere Ferne gerückt erscheinen. Das gleiche gelte von sonstigen Umgestaltungen, welche der „Temps“ bei der Infanterie, Feldartillerie und Train als nahe bevorstehend bezeichnet.

Im elsass-lothringischen Landesausschuß bemerkte der Abg. Preiß, die elsass-lothringische Regierung habe Angst vor Berlin und habe danach ihre Haltung in der Sprachenfrage bei der Weihenburger Denkmalsfeier, sowie bei der Begegnung-Ausweisung eingerichtet. Staatssekretär Hr. Jörn v. Bulach erklärte, die Regierung nehme Rücksicht darauf, daß solche Maßnahmen in chauvinistischem Sinne ausgenutzt werden könnten. Wenn der Abg. Preiß im Reichstag eine solche Rede hielte, würde man sagen, Elsaß-Lothringen sei für die Autonomie noch nicht reif. Besser hätte er seine Rede in Weihenburger auch nicht gehalten. Schließlich brachte der Abg. Pfleger ungemein heftige Angriffe gegen die Colmarer Richter vor. Diese hätten im Prozeß Wetterle-Zweike einen Tendenzprozeß geführt, bei dem das Urteil schon vorher festgelegt hätte. Unterstaatssekretär Petri bezeichnete das als Klatsch.

Regier-Zeitungen in den Kolonien. In Deutsch-Ostafrika gibt es, wie die „Zgl. Rdsch.“ mitteilt, zurzeit nicht weniger als sechs Zeitungen für Eingeborene. Eine siebente ist im Entstehen. Die Blätter werden von den Missionsgesellschaften herausgegeben, nur eine gibt die Regierungsschule in Tanga heraus. Daß diese Blätter auch eine hübsche Auflagenziffer haben, ist ein Beweis dafür, daß sich unter den Eingeborenen europäische Kultur immer mehr zu verbreiten anfängt. Die Blätter erscheinen in der Sprache der einzelnen Stämme.